

Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte. Diese Hinweise werden, soweit erforderlich, aktualisiert und auf der Homepage der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land veröffentlicht. Dort finden Sie auch die Datenschutzhinweise für Besucher unserer Homepage.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verbandsgemeindeverwaltung Nordpfälzer Land
vertreten durch Bürgermeister Michael Cullmann
Bezirksamtsstraße 7
67806 Rockenhausen
Tel.: 06361/451-0
Fax: 06361/451-150
E-Mail: info@vg-nl.de
Website: www.nordpfälzerland.de

2. Beauftragte oder Auftraggeber für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Datenschutzbeauftragter
Christian Gaß
Bezirksamtsstraße 7
67806 Rockenhausen
Tel.: 06361/451-401
Fax: 06361/451-450
E-Mail: datenschutz@vg-nl.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Im Sachgebiet Brand und Katastrophenschutz werden folgende personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet:

- Persönliche Identifikationsangaben: Vorname, Name, Adresse, Telefonnummer, Email-Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit
- Angaben zu Ihrer Feuerwehreinheit
- Angaben zu Ihrer Bankverbindung
- Angaben zu Ihren besonderen Kenntnissen wie Führerschein und Fremdsprachen

- Angaben zu Zugehörigkeiten anderer Hilfsorganisationen
- Angaben zu Sehschwächen und Ernährung
- Angaben zur nachgewiesenen Feuerwehrtauglichkeit durch einen Arzt

Wir werden Ihre Daten erheben, erfassen, speichern, verwenden, löschen und vernichten. Der Zweck, für den die personenbezogenen Daten verarbeitet werden, ist Ihr Eintritt in eine Freiwillige Feuerwehr der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land. Wir verarbeiten alle uns von Ihnen zur Verfügung gestellten Informationen

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung: Art. 6 Abs. 1 DSGVO, Art. 9 Abs. 1, 2 DSGVO i.V.m. § 14 Abs. 1, Abs. 2 LDSG Empfänger oder Empfängerkategorie, der die personenbezogenen Daten offengelegt werden, sind:

Die Datenverarbeitung erfolgt zum Zweck der Begründung, Durchführung und Beendigung der Mitgliedschaft bei den Feuerwehren der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land. Die erhobenen Daten werden ausschließlich für interne Zwecke der Freiwilligen Feuerwehr erhoben. Eine Herausgabe von Daten erfolgt nur in diesem Zusammenhang. Das sind zum Beispiel:

- Versenden von Einladungen zu Veranstaltungen der Freiwilligen Feuerwehr
- Anforderung von Zuwendungsbescheinigungen
- Einladung zu Ausbildungen auf Landes- und Kreisebene

Für interne Zwecke werden die Daten unter anderem für:

- das Erstellen von anonymisierten Statistiken im Zusammenhang mit unseren Einsätzen,
- dem Erfassen von Ausbildungsstand und Dienstbeteiligung eines aktiven Mitglieds,

verwendet.

Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden

- Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land
- Landesfeuerwehrverband, z.B. zwecks Beantragung von Auszeichnungen
- Kreisfeuerwehrverband, z.B. zwecks Beantragung von Auszeichnungen
- Die Feuerwehr Unfall Kasse (Unfallkasse Rheinland-Pfalz) bei Meldung von Unfällen im Dienstbetrieb

Ggf. Übermittlungen von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation

Eine Übermittlung dieser Art erfolgt nicht

4. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO).
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt wird. Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur

Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, o insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, o für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, o wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, o oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, welches die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient. Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet.
- Wir weisen Sie jedoch darauf hin, dass es für Ihre Bewerbung erforderlich ist, Ihre persönlichen Daten bereitzustellen. Andernfalls können wir Sie beim Bewerbungsverfahren nicht berücksichtigen.

- Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)
Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34,
55116 Mainz
Tel.-Nr.: 0 61 31 / 208-2449
Fax: 0 61 31 / 208-2497
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp